



Landeswohlfahrtsverband Hessen · Hauptverwaltung  
34112 Kassel oder Ständeplatz 6 - 10 · 34117 Kassel

An alle örtlichen Sozialhilfeträger

in Hessen

An die Krankenhäuser  
lt. beiliegendem Verteiler

in Hessen

## Der Verwaltungsausschuss Steuerung für den Überörtlichen Sozialhilfeträger, Recht, Grundsatz

### Hauptverwaltung Kassel

Datum	26. April 2006/schä.
Auskunft erteilt	Herr Heinemann
Telefon-Durchwahl	1004-2254
Telefax-Durchwahl	1004-2776
E-Mail-Adresse	<a href="mailto:neidhard.heinemann@lwv-hessen.de">neidhard.heinemann@lwv-hessen.de</a>
Zimmer-Nr.	408
Besucheranschrift	Kurfürstenstraße 7
Geschäftszeichen	011.3-200.25
06-03-schä	Rundschr Krankenhausbehandl.

## Rundschreiben 20 Nr. 5/2006

### **Abgrenzung der Zuständigkeit bei stationären Maßnahmen der Krankenhausbehandlung in Psychiatrischen Kliniken als Maßnahmen der Hilfe zur Gesundheit bzw. Eingliederungshilfe im Rahmen der Zuständigkeit des örtlichen oder überörtlichen Sozialhilfeträgers**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich einer Besprechung im Hessischen Sozialministerium am 31.01.2006 zwischen Vertretern des Sozialministeriums, der Kommunalen Spitzenverbände, Hessischer Städtetag und Hessischer Landkreistag sowie dem LWV Hessen als überörtlichem Sozialhilfeträger wurde einvernehmlich festgestellt, dass für die stationäre medizinische Akutbehandlung in einem Psychiatrischen Krankenhaus / psychiatrische Abteilung eines Allgemeinkrankenhauses der örtliche Träger der Sozialhilfe im Rahmen der Hilfe bei Krankheit nach § 48 Sozialgesetzbuch (SGB) XII i.V.m. § 14 Abs. 2 Hess. Ausführungsgesetz zum SGB XII (HAG/SGB XII) zuständig ist.

Der LWV Hessen ist zuständig für medizinische Rehabilitationsmaßnahmen gemäß § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB XII in Verbindung mit dem Hess. Ausführungsgesetz.

Maßgeblich für die Abgrenzung von stationärer Hilfe bei Krankheit (Zuständigkeit des örtlichen Sozialhilfeträgers nach Kapitel 5 des SGB XII) und stationärer medizinischer Rehabilitation (Zuständigkeit des überörtlichen Sozialhilfeträgers, LWV Hessen, gemäß Kapitel 6 des SGB XII) ist bei psychischen Erkrankungen, die bereits über einen längeren Zeitraum bestehen, ein Urteil des Bundessozialgerichtes (BSG) vom 20.01.2005, Az. B 3 KR 9/03 R.



In dem Urteil zugrunde liegenden Einzelfall hatte eine Krankenkasse die Übernahme der Krankenhausbehandlungskosten für einen Patienten mit dem Hinweis abgelehnt, dass eine Akutbehandlung mit einer Vorbehandlung abgeschlossen gewesen sei, so dass die Behandlung in dem Niedersächsischen Landeskrankenhaus deshalb nicht als Krankenhausaufenthalt sondern als Rehabilitationsmaßnahme anzusehen sei. Für den Patienten wurde folgende Diagnose festgestellt: Bulimie und ein depressives Syndrom bei depressiv-schizoider Struktur. Diese Diagnose wurde im Kostenübernahmeantrag des Krankenhauses konkretisiert mit: „Depressiver Verstimmung bei narzisstischer Störung, Suizidalität und Autoaggression“.

Das Bundessozialgericht hat hierzu festgestellt, dass die Vorinstanz zu Unrecht davon ausgegangen sei, dass es sich im vorliegenden Fall um keine Krankenhausbehandlung, sondern um eine stationäre medizinische Reha-Maßnahme gehandelt habe.

Es urteilte, dass die Abgrenzung zwischen vollstationärer Krankenhausbehandlung und stationärer medizinischer Rehabilitation sehr schwierig sei, weil Rehabilitationseinrichtung und Krankenhaus sich darin decken, dass beide auf die Behandlung von Krankheiten und die Beseitigung ihrer Folgen bei den Betroffenen gerichtet sind. Deshalb, so urteilte das Bundessozialgericht weiter, kann eine Unterscheidung im wesentlichen

**.... „nur nach der Art der Einrichtung, den Behandlungsmethoden  
und dem Hauptziel der Behandlung ...“**

getroffen werden, die sich auch in der Organisation der Einrichtung widerspiegeln. Es verweist auf die Rechtssprechung mit der Reha-Einrichtungen und Krankenhäuser definiert werden und führt weiterhin aus, dass die Rechtssprechung u.a. daraus als besonderes Mittel des Krankenhauses auf eine apparative Mindestausstattung, ein geschultes Pflegepersonal und einen jederzeit präsenten bzw. rufbereiten Arzt geschlossen habe, jedoch im Hinblick auf das Merkmal „Krankenhausbehandlung“ weder den Einsatz aller dieser Mittel gefordert, noch stets als ausreichend angesehen habe.

Regelmäßig ist eine Gesamtschau unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles erforderlich, die jedoch nur nach objektiven Merkmalen und Kriterien erfolgen könne. Bei einer psychiatrischen Erkrankung kann der Einsatz von krankenhausspezifischen Geräten in den Hintergrund treten und allein der notwendige Einsatz von Ärzten, therapeutischen Hilfskräften und Pflegepersonal sowie die Art der Medikation die Notwendigkeit einer stationären Behandlung begründen.

Im vorliegenden Einzelfall führt es ferner aus, dass eine stationäre Krankenhausbehandlung deshalb stattgefunden habe, weil die Einrichtung nur als Krankenhaus und nicht auch als Reha-Einrichtung zugelassen ist. Eine unzureichende Krankenhausbehandlung sei keine Reha-Maßnahme! Dies war auch Gegenstand der Besprechung beim Hess. Sozialministerium.

Die Aufnahme des Patienten erfolgte in dem Landeskrankenhaus, einer Fachklinik für Psychotherapie, Psychiatrie und psychosomatischer Medizin auf der Grundlage einer fachärztlichen Krankenhausverordnung.

Bei den Diagnosen handelt es sich um behandlungsbedürftige Krankheiten im Sinne von § 27 Abs. 1 Satz 1 SGB V, wovon auch das behandelnde Krankenhaus ausgegangen ist, denn beide Diagnosen bezeichnen einen regelwidrigen vom Leitbild des gesunden Menschen abweichenden Körper- bzw. Geisteszustand, der einer ärztlichen Behandlung bedarf.

Selbst die im vorliegenden Einzelfall durchaus bescheinigte Tatsache, dass nicht die fachlich medizinische Leitung durch einen Arzt im Vordergrund der Behandlung des Patienten gestanden habe, sondern die Anwendung von Heilmitteln sowie die therapeutische Hilfe zur Entwicklung eigener Kräfte führt nicht dazu, dass Krankenbehandlung zu verneinen wäre. Entscheidend sei vielmehr, dass die Behandlung einer Erkrankung im Vordergrund stehe, für die der entscheidende Krankenhausarzt die Mittel eines Krankenhauses als geeignet und erforderlich ansieht. Dies habe im vorliegenden Einzelfall der zuständige Krankenhausarzt der Beklagten unverzüglich unter Darlegung der Diagnose mitgeteilt.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsatzentscheidung des Bundessozialgerichtes handelt es sich bei einer stationären Krankenhausbehandlung in den Zentren für Soziale Psychiatrie des LWV Hessen und den psychiatrischen Abteilungen von Allgemeinkrankenhäusern um „Hilfen bei Krankheit“ nach § 48 SGB XII.

Sofern jedoch eine Maßnahme der medizinischen Rehabilitation angezeigt ist, wird erwartet, dass eine umgehende Verlegung in eine anerkannte Rehabilitationseinrichtung erfolgt. Hierbei handelt es sich dann um eine Maßnahme der Eingliederungshilfe nach Kapitel 6 SGB XII, für die der Landeswohlfahrtsverband Hessen nach dem Hessischen Ausführungsgesetz zum SGB XII zuständig ist. Der vom Hessischen Landkreistag in diesem Zusammenhang versandte Fragebogen ist insofern hilfreich, um diese Frage prüfen zu lassen. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für Menschen mit einer körperlichen Behinderung. Für diesen Personenkreis wurde auf die Entwicklung eines eigenen Fragebogens verzichtet. Da dem LWV Hessen die Anschriften aller Allgemeinkrankenhäuser nicht bekannt ist, stellen wir den örtlichen Sozialhilfeträgern anheim, die in ihren Bereichen befindlichen Krankenhäuser in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrage:



(Daume)

**Nachrichtlich an:**

- LWV Hessen  
Fachbereich 30

im H a u s e

- LWV Hessen  
SB 150

im H a u s e

- überörtliche Träger  
der Sozialhilfe

im Bundesgebiet  
gemäß Verteiler

- Liga der Freien Wohlfahrtspflege  
- Geschäftsstelle -

sowie alle Mitgliedsverbände  
gemäß Verteiler

- Hessischer Städtetag  
- Geschäftsstelle -  
z. H. Frau Dr. Strobel  
Frankfurter Str. 10

65189 Wiesbaden

- Hessischer Landkreistag  
- Geschäftsstelle -  
z. H. Herrn Rost  
Gertrud-Bäumer-Str. 28

65189 Wiesbaden

- Hessisches Sozialministerium  
z. H. Herrn Hörauf  
Dostojewskistr. 4

65187 Wiesbaden